

A2: Antrag Landesparteitag 17./18. März 2018

Einreichende: Landesvorstand, Fritz Viertel

Wozu dieses Papier? Ein Benutzungshinweis:

Die vorliegenden Kommunalpolitischen Eckpunkte sind keine zentrale Richtlinie für die inhaltliche Ausgestaltung der lokalen und regionalen Wahlkämpfe! Sie sollen vielmehr ein orientierendes Angebot für die Orts- und Kreisverbände sein, das mit einem weiterführenden Beratungsangebot verknüpft ist. Die auf den folgenden Seiten formulierten Themen können Anknüpfungspunkte für die Entwicklung lokaler und regionaler Wahlziele sein. Den sehr verschiedenen Rahmenbedingungen unseres Bundeslandes wollen die Eckpunkte dadurch Rechnung tragen, dass sie zwischen Landkreisen und Gemeinden im ländlichen Raum sowie Kommunen im Berliner Umland differenzieren. Die Kommunalpolitischen Eckpunkte wurden von aktiven linken Kommunalpolitiker*innen für aktive linke Kommunalpolitiker*innen erarbeitet und (vor-) diskutiert. Sie erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Solltet ihr Kontakt zu den im Antrag genannten Personen benötigen, wendet euch bitte an die Landesgeschäftsstelle bei roland.scharp@dielinke-brandenburg.de.

396 Gerecht, solidarisch, nachhaltig. Kommunalpolitische Eckpunkte 397 der Partei DIE LINKE im Land Brandenburg.

398 Die Gesetzgebung auf europäischer, Bundes- und Landesebene setzt den Rahmen für
399 gesellschaftliches Zusammenleben und steht aus diesem Grund meist im Fokus linker Politik.
400 Doch keine europäische Verordnung, kein Bundes- oder Landesgesetz entfaltet jemals reale
401 Wirksamkeit, würde es nicht vor Ort umgesetzt. Was von Parlamenten beschlossen worden ist,
402 muss dort mit Leben gefüllt werden, wo es die Bevölkerung tatsächlich erreicht. In den
403 Gemeinden, Städten und Landkreisen sind die hauptamtliche Verwaltung und die
404 ehrenamtlichen Vertreter*innen der Einwohnerschaft aufgefordert, gemeinsam das konkrete
405 Zusammenleben der Menschen zu gestalten. Diese kommunale Selbstverwaltung ist eine
406 wichtige demokratische Errungenschaft.

407 Kommunalpolitisch Aktiven stellen sich dabei sehr hohe Anforderungen: Sie bearbeiten
408 ehrenamtlich eine immense Themenvielfalt, vom Schlagloch bis zur Klimagerechtigkeit. Täglich
409 kommen sie zugleich mit den Betroffenen ihrer Entscheidungen in Kontakt – ob an der
410 Supermarktkasse, beim Dorffest oder in der Gymnastikgruppe. Dies erfordert großes
411 persönliches Engagement, ist oft anstrengend, nicht selten frustrierend und dennoch immer
412 wieder auch dankbar oder befriedigend, wenn man die Früchte der eigenen Arbeit unmittelbar
413 wachsen sieht.

414 Linke Politik hat den Anspruch, unsere Gesellschaft gerechter zu gestalten. Dafür ist es
415 unerlässlich, sie positiv erlebbar zu machen, zumal Veränderungen zunächst oft keine
416 Vorfreude hervorrufen. Wo kann dies besser gelingen als in den Kommunen? Vorschläge für
417 konkrete lokale oder regionale Veränderungen können Reformbedarf sichtbar, verständlich und
418 erstrebenswert machen. Zugleich wirkt lokales Engagement als positive Erfahrung linker Politik:
419 Wer erlebt, dass Linke Probleme vor Ort ernst nehmen und gemeinsam mit den Betroffenen

420 Lösungen zu entwickeln versuchen, schöpft Vertrauen auch für die Entscheidung bei
421 Parlamentswahlen. Weil in kommunalen Vertretungen klare Mehrheiten seltener sind, bietet
422 die Kooperation mit anderen demokratischen Parteien und Gruppierungen überdies die
423 Möglichkeit, linke Ideen auch umzusetzen.

424 Alle Regionen, Städte und Gemeinden stehen vor den Herausforderungen, einen Beitrag zum
425 erforderlichen sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft zu leisten. Das umfasst den
426 Umgang mit demografischen Veränderungen, den Erhalt und Ausbau öffentlicher
427 Daseinsvorsorge für alle Einwohner*innen, die Gestaltung der Energie- und Mobilitätswende,
428 die Integration von Geflüchteten sowie die solidarische Mitgestaltung strukturellen Wandels.
429 Linke Regional- und Lokalpolitik zeichnet sich dabei auch dadurch aus, nicht nur nach dem
430 „Kirchturm“ ausgerichtet zu sein, sondern gesamtgesellschaftliche Rahmenbedingungen und
431 Probleme stets im Blick zu behalten. Kurzum: Linker Kommunalpolitik geht es um das
432 Ausschöpfen aller regionalen und lokalen Möglichkeiten im Sinne einer revolutionären
433 Realpolitik.

434 Vor diesem Hintergrund muss die kommunalpolitische Verankerung unserer Partei mehr sein
435 als ein pflichtschuldiges Lippenbekenntnis. Die Kommunalwahlen im Frühjahr 2019 sind für
436 unseren Landesverband eine große Herausforderung, auch mit Blick auf die Landtagswahl im
437 darauffolgenden Herbst. Visionäre und zugleich fundierte Wahlziele sind eine wichtige
438 Voraussetzung für erfolgreiche Wahlergebnisse in den Landkreisen, Gemeinden und Städten.
439 Dazu möchten diese kommunalpolitischen Eckpunkte einen Beitrag leisten.

440 Darüber hinaus sei allen Orts- und Kreisverbänden empfohlen, zur Vorbereitung ihrer
441 Kommunalwahlprogramme auch mit den Einwohner*innen ihrer Regionen, Städte und
442 Ortschaften ins Gespräch zu kommen, um ihre Sorgen, Nöte, Wünsche aufzunehmen. Wie das
443 am besten geht, muss anhand der jeweiligen Bedingungen vor Ort ausprobiert werden. Gute
444 Erfahrungen gibt es bspw. mit offenen „Zukunftsgesprächen“, „Zukunftswerkstätten“ zu
445 bestimmten Themen, „Einwohnerversammlungen“ zu lokalen (Bau- oder Planungs-) Projekten
446 oder Infoständen mit offensiver Befragung von Passant*innen, etwa zu der Frage „Was würden
447 Sie zuerst angehen, wenn Sie einen Tag lang Gemeindevertreter*in/Kreistagsmitglied wären?“.

448 **Landkreise und kreisfreie Städte – Regionales Engagement für gute und gleichwertige** 449 **Lebensverhältnisse**

450 Hier werden einige Handlungsfelder aufgeführt, an die linke Kommunalpolitik auf Kreisebene
451 anknüpfen kann, um einen regionalen Beitrag zum sozial-ökologischen Umbau zu leisten:

452 **Tolerantes und solidarisches Miteinander** ist ein Kernanliegen. In allen Bereichen unserer
453 Gesellschaft muss jeder Form von Diskriminierung auf Grund der Herkunft, des Alters, des
454 sozialen Status, des Geschlechts, einer Behinderung, der sexuellen Orientierung oder der
455 Religion aktiv vorgebeugt und nötigenfalls entgegengetreten werden. Bei allen
456 kommunalpolitischen Entscheidungen ist zu berücksichtigen, dass jedem Menschen eine
457 gleiche und selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht wird, wobei
458 Privilegierte die Benachteiligten solidarisch unterstützen.

459 **Demokratie demokratisieren** beinhaltet einerseits die transparente Organisation und gute
460 Nutzbarkeit der öffentlichen Verwaltung, inklusive sinnvollen Sprechzeiten, klaren
461 Zuständigkeiten und Ansprechpartner*innen. Andererseits sind alle Beratungen der Kreistage
462 und Stadtverordnetenversammlungen im Internet zugänglich zu machen, aktiv auf die
463 Einsichtsrechte nach dem Informationsfreiheitsgesetz hinzuweisen und alle Möglichkeiten der
464 Kommunalverfassung für eine umfangreiche Einwohnerbeteiligung (z. B. durch Senkung von
465 Unterschriftenquoten oder Einrichtung von Beiräten) auszuschöpfen. Kommunale
466 Unternehmen sind demokratisch zu organisieren und zu kontrollieren.

467 **Regionaler Ausgleich** zwischen strukturstärkeren und -schwächeren Städten und Gemeinden
468 ist eine zentrale Aufgabe der Landkreise, integrierte Kreisentwicklungspläne können dafür ein
469 Instrument sein. Eine Diskussion über differenzierte Kreisumlagen sowie verstärkte
470 Kooperationen zwischen benachbarten Kreisen und kreisfreien Städten kann sinnvoll sein. In
471 diesem Zusammenhang liegt ein wesentlicher Schwerpunkt auf der Unterstützung
472 landwirtschaftlicher Unternehmen als prägende Elemente des ländlichen Raumes. Dazu
473 gehören Unterstützung bei der Fachkräftesicherung, Schaffung verschiedenster Wohnprojekte
474 auf dem Lande, Entwicklung von Flächenmanagementkonzepten zur Sicherung der
475 landwirtschaftlichen Produktionsflächen und zur Erhaltung der Kulturlandschaft,
476 Sensibilisierung der Bevölkerung für den Stellenwert der Landwirtschaft, Förderung der
477 Kooperation zwischen Landwirtschaft und Tourismus, Förderung biologischer Vielfalt für
478 Ackerflächen oder Naturschutzstandards für Biomasseanbau.

479 **Längeres gemeinsames Lernen** muss von den Landkreisen/kreisfreien Städten als
480 wichtigsten Trägern öffentlicher, weiterführender Schulen umgesetzt, die Förderung des
481 Landes für Schulzentren/Gemeinschaftsschulen ausgeschöpft werden. Schulen in freier
482 Trägerschaft sollten in allen Regionen die Ausnahme bleiben.

483 **Soziale Daseinsvorsorge** nimmt in den Landkreisen/kreisfreien Städten insbesondere die Ge-
484 sundheit in den Blick. Krankenhäuser müssen erhalten, ärztliche Versorgung in der Fläche gesi-
485 chert werden. In der Pflege haben die Kreise/Städte die Verantwortung zur Organisation
486 funktionierender Netzwerke aller beteiligten Akteure. Es sollte eine unabhängige, für alle
487 Hilfesuchenden offene Sozialberatung aufgebaut werden. Hinzu kommt die kommunale
488 Organisation des Rettungsdienstes und weiterer Versorgungsbereiche (z. B. der
489 Abfallbeseitigung und des Katastrophenschutzes).

490 **Digitalisierung** ist ein weiterer Bereich der Daseinsvorsorge. Insbesondere die Landkreise
491 müssen an der Bereitstellung schneller Internetverbindungen in der Fläche maßgeblich
492 mitwirken und Fördermittel dafür abrufen. Kreise wie Städte sollten zudem ihre Verwaltung
493 digitalisieren, sodass Dienstleistungen weitgehend digital beantragt und abgewickelt werden
494 können und Informationen zu allen Angelegenheiten online bereitstehen. Einfacher Zugang
495 (durch Webseiten auch in einfacher und in Fremdsprachen) und effektive Suchfunktionen sind
496 dabei Grundvoraussetzung.

497 **Kinder- und Jugendhilfe** muss verstärkt Kinderarmut bekämpfen. Alle Projekte und
498 Maßnahmen sollten mit verbindlicher Beteiligung der Betroffenen organisiert werden. Dazu

499 zählt auch die Gewährleistung hoher Qualität in der Kinderbetreuung sowie der Kinder- und
500 Jugendsozialarbeit.

501 **Kultur und Sport** teilen sich die Landkreise mit den Städten und Gemeinden. Der Erhalt und
502 die ausreichende Finanzierung kultureller und sportlicher Einrichtungen sind zu fordern.
503 Volkshochschulen und Bibliotheken sind als allgemeiner Zugang zu Bildung und Wissen
504 unentbehrlich.

505 **Umgang mit der Arbeitslosigkeit** steht in den Optionskommunen auf der Tagesordnung. Ein-
506 schränkung der Sanktionen bei Hartz IV, sinnvolle Unterstützung bei der Arbeitssuche und
507 Schutz vor Zwangsräumungen sind hier möglich und nötig.

508 **Regionale Mobilität** ist zugleich Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und zentrales
509 Element einer Verkehrswende. Erreichbarkeit sozialer und kultureller Einrichtungen und
510 kostenfreie Schülerbeförderung sind dabei ebenso eine Herausforderung wie die Reduktion des
511 motorisierten Individualverkehrs. Günstiger, bestenfalls fahrscheinloser ÖPNV ist dabei ein
512 wichtiger Baustein.

513 **Global denken, lokal handeln** meint internationale Solidarität in der Kommunalpolitik. Hierfür
514 kann im Kleinen viel getan werden: Von der fairen und nachhaltigen Beschaffung von
515 Lebensmitteln und Gebrauchsgütern in der Verwaltung (Beratung bspw. durch die Servicestelle
516 Kommunen in der Einen Welt) bis zum Kontowechsel zu Banken ohne Investitionen in
517 Rüstungsproduktion oder Lebensmittelspekulation.

**Weitere Beratung und Unterstützung zur Kommunalpolitik in Landkreisen und
kreisfreien Städten bieten an:**

- Thomas Singer (PM)
- Artur Pech (LOS)
- Tobias Bank (HVL)
- René Wilke (FFO)
- Mario Dannenberg (OSL)

518 **Städte und Dörfer – Leben auf dem Land sozial-ökologisch gestalten**

519 Hier werden einige Handlungsfelder aufgeführt, an die linke Kommunalpolitik im ländlichen
520 Raum anknüpfen kann.

521 **Tolerantes und solidarisches Miteinander** ist ein Kernanliegen. In allen Bereichen unserer
522 Gesellschaft muss jeder Form von Diskriminierung auf Grund der Herkunft, des Alters, des
523 sozialen Status, des Geschlechts, einer Behinderung, der sexuellen Orientierung oder der
524 Religion aktiv vorgebeugt und nötigenfalls entgegengetreten werden. Bei allen
525 kommunalpolitischen Entscheidungen ist zu berücksichtigen, dass jedem Menschen eine
526 gleiche und selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht wird, wobei
527 Privilegierte die Benachteiligten solidarisch unterstützen.

528 **Demokratie demokratisieren** beinhaltet einerseits die transparente Organisation und gute
529 Nutzbarkeit der öffentlichen Verwaltung, inklusive sinnvollen Sprechzeiten, klaren
530 Zuständigkeiten und Ansprechpartner*innen. Andererseits müssen lokale Beratungs- und
531 Entscheidungsprozesse für alle Einwohner*innen zugänglich zu machen, aktiv auf die
532 Einsichtsrechte nach dem Informationsfreiheitsgesetz hinzuweisen und alle Möglichkeiten der
533 Kommunalverfassung für eine umfangreiche Einwohnerbeteiligung (z. B. durch Senkung von
534 Unterschriftenquoten, Einführung von Einwohnerbefragungen oder Einrichtung von Beiräten)
535 auszuschöpfen. Zur Förderung ehrenamtlichen Engagements gehört die möglichst kostenfreie
536 Bereitstellung von Räumlichkeiten vor Ort. Kommunale Unternehmen sind demokratisch zu
537 organisieren und zu kontrollieren.

538 **Stadtentwicklung und Siedlungsstruktur** sind sehr verschieden und müssen entsprechend
539 den lokalen Voraussetzungen organisiert werden. Bezahlbarer Wohnraum, der Erhalt und
540 bestenfalls Ausbau öffentlicher Räume sind wichtige Ziele. Wo etwa Flächen durch Abriss frei
541 werden, können Einwohner*innen und Lokalpolitik gemeinsam Ideen für deren Nutzung
542 entwickeln. Gemeinnützige Initiativen sollten unterstützt, profitorientierte Investoren über
543 (städtebauliche) Verträge an der Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben beteiligt werden.

544 **Kitas und (Grund-) Schulen** müssen gut ausgestattet werden, attraktive Angebote der
545 Ganztagsbetreuung anbieten und für alle zugänglich sein. Dazu zählt ein möglichst
546 kostenfreies Mittagessen (ggf. in kommunalen Küchen vor Ort zubereitet) ebenso wie
547 qualifizierte Schulsozialarbeit. Bis zur vollständigen Beitragsfreiheit sind sozial gestaffelte
548 Kitabeiträge mit niedrigen Einstiegsstufen zu sichern.

549 **Kultur und Sport** sind unverzichtbare Elemente eines demokratischen Gemeinwesens und Vo-
550 raussetzung für ein sinnerfülltes Leben. Dafür sind Flächen, Räume und Gelder bereit zu stellen.
551 Es sollte verstärkt mit temporären Angeboten und Kooperationen mehrerer Kommunen
552 und/oder Vereine gearbeitet werden. Bestehende Einrichtungen sind zu erhalten. Die
553 Feuerwehren sollten bei ihrer Arbeit im Kinder- und Jugendbereich sowie bei der Mitorganisation
554 bei Veranstaltungen gefördert und gewürdigt werden.

555 **Mobilität** ist im ländlichen Raum eine zentrale Herausforderung. Da auf den motorisierten
556 Individualverkehr kaum verzichtet werden kann, stellt sich die Frage nach dessen schonendem
557 Einsatz (z. B. durch E-Mobilität, Fahrgemeinschaften). Soziale und kulturelle Einrichtungen
558 müssen auch für Menschen ohne PKW erreichbar bleiben, wobei Modelle wie Ruf- oder
559 Bürgerbusse helfen können. In Städten kann Auto- zugunsten des Rad- und Fußverkehrs
560 minimiert werden.

561 **Wasserver- und Abwasserentsorgung** sind zentrale Aufgaben kommunaler Daseinsvorsorge.
562 Die hohe Qualität ist nachhaltig zu sichern und die Bezahlbarkeit weiter zu gewährleisten. Das
563 erfordert zunehmend überregionale Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften.

564 **Global denken, lokal handeln** meint internationale Solidarität in der Kommunalpolitik. Hierfür
565 kann im Kleinen viel getan werden: Von der fairen und nachhaltigen Beschaffung von
566 Lebensmitteln und Gebrauchsgütern in der Verwaltung (Beratung bspw. durch die Servicestelle
567 Kommunen in der Einen Welt), dem Kontowechsel zu Banken ohne Investitionen in
568 Rüstungsproduktion oder Lebensmittelspekulation (sog. „Divestment“), die Mitgliedschaft in
569 der Anti-Atomwaffen-Organisation „Bürgermeister für den Frieden“ bis zum Einstieg in die
570 Kommunale Entwicklungszusammenarbeit (etwa über den Rat der Städte und Gemeinden
571 Europas).

Weitere Beratung und Unterstützung zur Kommunalpolitik im ländlichen Raum bieten an:

- Maritta Böttcher (TF)
- Anke Schwarzenberg (LAU)
- Ringo Jünigk (OSL)
- Marco Beckendorf (PM)
- Anne-Frieda Reinke (UM)
- Thomas Domres (PR)
- Stephan Wende (LOS)

572 **Gemeinden und Städte in der Hauptstadtregion – Herausforderungen und Chancen für**
573 **den sozial-ökologischen Umbau**

574 Hier werden einige Handlungsfelder aufgeführt, an die linke Kommunalpolitik im
575 „Speckgürtel“ anknüpfen kann.

576 **Tolerantes und solidarisches Miteinander** ist ein Kernanliegen. In allen Bereichen unserer
577 Gesellschaft muss jeder Form von Diskriminierung auf Grund der Herkunft, des Alters, des
578 sozialen Status, des Geschlechts, einer Behinderung, der sexuellen Orientierung oder der
579 Religion aktiv vorgebeugt und nötigenfalls entgegengetreten werden. Bei allen
580 kommunalpolitischen Entscheidungen ist zu berücksichtigen, dass jedem Menschen eine
581 gleiche und selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht wird, wobei
582 Privilegierte die Benachteiligten solidarisch unterstützen.

583 **Demokratie demokratisieren** beinhaltet einerseits die transparente Organisation und gute
584 Nutzbarkeit der öffentlichen Verwaltung, inklusive sinnvollen Sprechzeiten, klaren
585 Zuständigkeiten und Ansprechpartner*innen. Andererseits müssen lokale Beratungs- und
586 Entscheidungsprozesse für alle Einwohner*innen zugänglich zu machen, aktiv auf die
587 Einsichtsrechte nach dem Informationsfreiheitsgesetz hinzuweisen und alle Möglichkeiten der
588 Kommunalverfassung für eine umfangreiche Einwohnerbeteiligung (z. B. durch Senkung von
589 Unterschriftenquoren, Einführung von Einwohnerbefragungen oder Einrichtung von Beiräten)
590 auszuschöpfen. Zur Förderung ehrenamtlichen Engagements gehört die möglichst kostenfreie
591 Bereitstellung von Räumlichkeiten vor Ort. Kommunale Unternehmen sind demokratisch zu
592 organisieren und zu kontrollieren.

593 **Bezahlbarer Wohnraum** ist absolute Mangelware und die Kommunen die wichtigsten Akteure
594 für die Verbesserung dieser Situation. Sie müssen die Instrumente des Baugesetzbuches voll
595 ausschöpfen, um Bauflächen zu schaffen (z. B. über Baulandmodelle), Konzeptvergaben
596 favorisieren und die Landesförderung in Anspruch zu nehmen sowie gemeinnützige und
597 genossenschaftliche Bauträger dabei unterstützen. Kommunale Wohnungsgesellschaften sind
598 zu stärken. Für Städte und Gemeinden mit einem geringen eigenen Wohnungsbestand bietet
599 sich der Zusammenschluss mit anderen Gemeinden zu gemeinsamen kommunalen
600 Wohnungsgesellschaften an. Profitorientierte Investoren sind an den Kosten für
601 Gemeinschaftsaufgaben zu beteiligen.

602 **Kitas und (Grund-) Schulen** müssen gut ausgestattet werden, attraktive Angebote der
603 Ganztagsbetreuung anbieten und für alle zugänglich sein. Dazu zählt ein möglichst kostenfreies
604 Mittagessen (ggf. in kommunalen Küchen vor Ort zubereitet) ebenso wie qualifizierte
605 Schulsozialarbeit. Bis zur vollständigen Beitragsfreiheit sind sozial gestaffelte Kitabeiträge mit
606 niedrigen Einstiegsstufen zu sichern.

607 **Mobilität** sollte im Metropolenraum ähnliche Maßstäbe setzen wie in Berlin selbst. Das
608 bedeutet eine Verminderung des motorisierten Individualverkehrs, möglichst fahrscheinloser
609 Ausbau des ÖPNV, Priorität für Rad- und Fußverkehr, autofreie Innenstädte, Ausweitung von
610 Tempo-30-Regelungen u. a. m.

611 **Sozialpolitik** wird durch Wachstum nicht unnötig. Kinder- und Altersarmut existieren auch in
612 den wohlhabenden Umlandgemeinden und gehören dort bekämpft. Beschäftigte in öffentlichen
613 Einrichtungen müssen angemessen bezahlt werden, das gilt bspw. auch für Praktikant*innen.
614 Der Einsatz von Leiharbeitskräften sollte der Verwaltung per Beschluss untersagt werden.

615 **Kultur- und Sportangebote** müssen mit dem steigenden Bedarf durch wachsende
616 Bevölkerungen Schritt halten und dennoch für alle bezahlbar bleiben. Durch Kooperation von
617 Gemeinden können auch größere Einrichtungen (wie Theater, Hallenbäder) finanziert werden.
618 Die Arbeit der Kinder- und Jugendfeuerwehren sollte ebenfalls unterstützt werden.

619 **Umweltschutz und Energieversorgung** müssen dem steigenden Flächenverbrauch
620 Rechnung tragen, also Versiegelung minimieren, öffentliche Freiflächen und Bäume erhalten.
621 Die Rekommunalisierung der Strom- und Gasnetze in Kooperation mehrerer Kommunen, die
622 energetische Sanierung öffentlicher Gebäude und die Nutzung erneuerbarer Energien sind
623 anzustreben. Privathaushalte können etwa über „Klimasparbücher“ und Veranstaltungen
624 beraten werden.

625 **Wasserver- und Abwasserentsorgung** sind zentrale Aufgaben kommunaler Daseinsvorsorge.
626 In den wachsenden Städten und Gemeinden liegt der Schwerpunkt auf einem nachhaltigen
627 Ressourcenmanagement. Notwendig ist gerade hier eine überregionale Zusammenarbeit, um
628 auch zukünftig die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser sicher zu stellen.

629 **Global denken, lokal handeln** meint internationale Solidarität in der Kommunalpolitik. Hierfür
630 kann im Kleinen viel getan werden: Von der fairen und nachhaltigen Beschaffung von
631 Lebensmitteln und Gebrauchsgütern in der Verwaltung (Beratung bspw. durch die Servicestelle

632 Kommunen in der Einen Welt), dem Kontowechsel zu Banken ohne Investitionen in
633 Rüstungsproduktion oder Lebensmittelspekulation, die Mitgliedschaft in der Anti-Atomwaffen-
634 Organisation „Bürgermeister für den Frieden“ bis zum Einstieg in die Kommunale
635 Entwicklungszusammenarbeit (etwa über den Rat der Städte und Gemeinden Europas).

Weitere Beratung und Unterstützung zur Kommunalpolitik im Berliner Umland bieten an:

- Ute Hustig (PM)
- Fritz Viertel (LOS)
- Enrico Rossius (OHV)
- Sven Kindervater (MOL)
- Karsten Knobbe (MOL)
- Thorsten Kleis (LDS)